

Der Druck auf die Öl-Sucher wächst

„Central Anglia“ verschiebt seismologische Untersuchung / Bürgerinitiative setzt auf Überzeugungsarbeit

STERUP Es war ein Satz, der die Mitglieder der Bürgerinitiative „Angeliter bohren nach“ auf ihrem Umwelttag in Steinbergkirche am Sonntag elektrisierte: Eher nebenher erklärte Professor Reinhard Gast, der Vertreter des Ölsuch-Unternehmens „Central Anglia A/S“, dass die für diesen Winter angekündigte seismologische Untersuchung des Bodens um ein Jahr verschoben werden müsse. Die Initiative wehrt sich seit langem gegen jeden Versuch, im Gebiet Sterup nach Öl zu suchen. Es gibt Widerstand, weil viele Menschen in der Region Eingriffe in die Natur befürchten – bis hin zur umstrittenen Methode des Fracking.

Drei Unternehmen, darunter die DEA, haben ihre Ölsuche in Schleswig-Holstein inzwischen aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt – sie sind offenbar der Meinung, dass es sich für sie nicht lohnt. Vor dem Hintergrund der erwarteten Erträge, einer Erhöhung des Förderzinses und des offenbar dauerhaft niedrigen Ölpreises wertete die Bürgerinitiative die Nachricht von der Verschiebung der seismologischen Untersuchungen als Hinweis darauf, dass nun möglicherweise auch die „Central Anglia“ bald aufgibt. „Es ist doch kein Zufall, dass es für das Unternehmen keinen Fortschritt mehr gibt, seit die Ergebnisse von Bodenproben intern vorliegen. Veröffentlicht wurden diese nie“, sagt Ingrid Lohstöter, die Sprecherin der Gruppe.

Prof. Reinhard Gast von der „Central-Anglia“ erklärt die Verschiebung ganz anders: „Wir sind in zeitlichen Verzug bei der Antragstellung geraten“, sagte der Geowissenschaftler ges-



Sind unterschiedlicher Meinung: Prof. Dr. Reinhard Gast von der „Central Anglia“ aus Dammholm und Ingrid Lohstöter von „Angeliter bohren nach“.
URSEL KÖHLER

tern. Dabei hatte es schon eine Ausschreibung gegeben. „Die Unternehmen, die sich für die Durchführung der Untersuchung gemeldet haben, waren uns jedoch zu teuer“, bekannte Gast. Deshalb habe man sich entschieden, das Vorhaben auf das nächste Winterhalbjahr zu verschieben. Von der Aktion verspricht sich das Unternehmen genaue Aufschlüsse darüber, wo es sich zu bohren lohnt.

Bis es soweit ist, müssen allerdings noch einige Hürden genommen werden, Vor der seismologischen Untersuchung muss zunächst eine Genehmigung des Bergamtes eingeholt werden. „Danach

werden wir mit schweren Fahrzeugen über Feldwege zu den Orten fahren, an denen wir testen wollen – dafür brauchen wir das Einverständnis der jeweiligen Gemeinden“, erklärt Gast den weiteren Ablauf. Und weil schließlich auf fremdem Boden Mikrofone aufgestellt werden müssen, ist die Zustimmung der Landeigentümer erforderlich. In einer E-Mail weist er allerdings darauf hin, das es nach dem Bergrecht eine Möglichkeit gebe, Grundeigentümer zu zwingen – ein Verfahren, das es früher in Niedersachsen häufiger gegeben habe. „Inzwischen aber scheuen die Firmen das öffentlich Ärgernis, das damit

zusammenhängt“, schreibt der Wissenschaftler.

Die Vermutung, der Aufwand könne unwirtschaftlich sein, weist Gast zurück. „Natürlich haben wir nach der Förderzins-Erhöhung und auch wegen des niedrigen Ölpreises zuletzt im August noch einmal gerechnet. Aber wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass es sich immer noch lohnt.“ Über die geplante Öl-Fördermenge wollte Gast ebenso wenig sprechen wie über die Identität eines Investors aus Nordrhein-Westfalen, der die „Central Anglia“ mit acht Millionen Euro unterstützen soll.

Ingrid Lohstöter, die Sprecherin der Bürgerinitiative, zeigte sich wenig überrascht. „Herr Gast gibt sich gern als zerstreuter Professor, ist aber knallhart“, sagte sie. Sie wertete die Verschiebung der seismologischen Untersuchung als Erfolg, es gebe aber keinen Grund, beim Widerstand nachzulassen.

Die Aktionen reichen von Unterschriftenlisten bis zur Einladung von Umweltminister Robert Habeck. Im Mittelpunkt aber steht die Überzeugungsarbeit in der Öffentlichkeit. Und die zeigt Erfolge. „Wir haben 450 Verbotsschilder für seismologische Untersuchungen verkauft, die Landbesitzer aufstellen wollen“, sagt Ingrid Lohstöter. „Und wenn die Mehrheit sich weigert, wird man die restlichen sicher nicht zwingen. Zudem bestehe die Hoffnung, dass sich die Gemeinden wehren, die im bevorstehenden Genehmigungsverfahren beteiligt werden müssen. „Wir werden nicht nachlassen“, sagt die Juristin, und ich bin optimistisch, dass wir noch wesentlich mehr Erfolg haben werden.“
Gero Trittmann